Wie EEG und Energiewende Arbeitsplätze vernichten – Aber dieser Zusammenhang wird unterdrückt, weil es (klima)politisch nicht opportun ist

geschrieben von Admin | 27. November 2013

Outokumpu und das Edelstahlwerk in Bochum

Sie erinnern sich vielleicht, gelesen zu haben, dass der finnische Konzern Outokumpu sein Nirosta-Stahlwerk in Bochum Ende 2014 und damit zwei Jahre früher als geplant schließen will. Dann verlieren 3500 Menschen ihren Arbeitsplatz. Zwar hatte die IG Metall in einem Tarifvertrag mit dem Konzern vereinbart, dass der Bestand des Werkes mindestens bis 2016 gesichert sein sollte, aber darüber setzt dieser sich wohl hinweg. Zur Begründung verwies er auf Überkapazitäten und den Preisdruck. Aber man las nichts davon, dass die Schließungsabsicht mit den zu hohen deutschen Stromkosten zusammenhängt. Doch es versteht sich, dass das Werk Bochum mit diesen Kosten, wenn auf dem (internationalen) Markt für Edelstahl Überkapazitäten und Preisdruck bestehen, nicht konkurrenzfähig sein und dem Druck widerstehen kann. Allerdings ist es (klima)politisch nicht opportun, auf den Zusammenhang von zu hohen Stromkosten und Betriebsschließungen hinzuweisen.

Die Vorgeschichte zur Schließung in Bochum

Wie geschickt bei dieser Verschleierung vorgegangen werden kann, lässt sich an der Vorgeschichte studieren. Gehört hatte das Edelstahlwerk Bochum zuvor ThyssenKrupp. Erst vor gut einem Jahr hatte ThyssenKrupp das Werk mit rund 15 000 Beschäftigten an den finnischen Konzern verkauft. Über die Hintergründe berichtete damals die Stromverbraucher-Schutzvereinigung NAEB*) in ihrem Newsletter 12/02 vom 17. Februar 2012 wie folgt:

Die Fusion von Thyssen und Krupp und der Gang nach Brasilien

„Früher gab es mal Thyssen für Edelstahl und Krupp für einfachen Stahl. Dann fusionierte man zu ThyssenKrupp und begann, als die Probleme für die Stahlproduktion zunahmen, eine Produktion für einfachen Stahl in Brasilien aufzubauen. Heute wird rund ein Drittel dieses Stahls in Brasilien produziert. Gibt ein Konzern nun einfach ein Geschäft auf,

wenn es in Deutschland nicht mehr geht? Das von den Politikern verursachte Mannesmann-Desaster ist den Thyssen-Krupp-Managern noch klar vor Augen. Man muss also ins Ausland.

Wie kommt man geräuschlos ins Ausland?

Aber wie kommt man mit Edelstahl geräuschlos ins Ausland, zum Beispiel nach Finnland, einem Land mit preisgünstiger Energie, dem festen Willen zur Kernkraft, nah an der Rohstoffquelle und dem Standort eines Edelstahlproduzenten, der aber nur zwei Fünftel der Produktionsmenge von ThyssenKrupp hat. Nun, man verkauft diesem Edelstahl-Zwerg sein Geschäft in Deutschland mit der Maßgabe, unrentable deutsche Standorte (wegen der Energiepreise) zu schließen. Diese Drecksarbeit macht nun Outokumpu. Damit die Politiker nicht zu sehr in Sorge über ein vollständiges Abwandern von ThyssenKrupp ins Ausland geraten, streut man gleichzeitig schlimme (durchaus korrekte) Verlustmeldungen über das Brasilien-Geschäft, so dass die Politiker argumentieren können, es gelte den Konzern zu retten.

Der Handel ThyssenKrupp mit Outokumpu

Wie konnte nun dieser Edelstahlzwerg Outokumpu überhaupt diesen Brocken schaffen. Nun, Thyssen-Edelstahl erhielt hauptsächlich nicht Geld, sondern an Outokumpu einen 30-Prozent-Aktien-Anteil. Das sollte reichen, um nach Abschluss der Drecksarbeit auf die Mehrheit bis zur Beherrschung aufzustocken. Wenn dann in der nächsten Stahlkrise die Kapazitäten der deutschen Rohstahlproduktion drastisch heruntergefahren werden, können die Politiker achselzuckend dieses zur Kenntnis nehmen und die Medien werden nicht einmal über einen Manager herfallen können wie man damals bei dem Mannesmann-Desaster über Herrn Cromme hergefallen ist.

Nicht ThyssenKrupp kritisieren

Wir sollten nicht an ThyssenKrupp Kritik üben, sondern die Entscheidung als einzige Möglichkeit des Unternehmens akzeptieren, mit der Kurzsichtigkeit der Politiker und der Meinung der überwältigenden Mehrheit von 99 Prozent deutscher Sonnenanbeter umzugehen. Was können wir als Betroffene tun: Unsere Kinder in Ausland schicken, Anteile nicht in Deutschland produzierender Firmen erwerben, nach Mallorca in die Rente gehen,... vielleicht uns aber auch zusammentun und nicht mehr nur Leserbriefe schreiben und Klartext reden: Ein Verbrechen bleibt ein Verbrechen, Dummheit ist Dummheit, Schizophrenie ist Schizophrenie.“

Handel mit der Politik um einen geräuschlosen Rückzug aus Deutschland

Soweit damals der NAEB-Newsletter-Text. Die Überschrift hatte gelautet: „ThyssenKrupp schleicht sich auf leisen Sohlen von dannen.“ Jetzt also

führt Outukumpu die „Drecksarbeit“ aus, die Werksschließung mit der Massenentlassung, und im Sonder-Newsletter 13/09 vom 6. Oktober 2013 schrieb der NAEB-Vorsitzende Heinrich Duepmann: „So schnell treten meine Prognosen ein. Insgesamt produziert Outukumpu in Deutschland Edelstahl heute noch an den Standorten Dillenburg, Krefeld, Benrath, Wilnsdorf, Unna, Schalksmühle mit geschätzt zwischen 8000 bis 10 000 Mitarbeitern. Die Zentrale für Öffentlichkeitsarbeit in Duisburg wird geleitet von einer des Deutschen nicht mächtigen finnischen Managerin, woraus man klar erkennen kann, wo es lang geht. Im Zusammenhang mit der Schließung Bochum hat das Management von Bochum betont, dass der Strompreis nicht die Ursache für die beabsichtigte Schließung ist. ... Ich schließe daraus: Industrie-Unternehmen verständigen sich mit der Politik auf einen geräuschlosen Rückzug aus Deutschland, wenn sie die Energiewende nicht kritisieren. Und ich frage Sie, wo sollen Ihre Kinder denn noch einen produktiven Arbeitsplatz finden, an dem volkswirtschaftlicher Wohlstand generiert wird.“

Einige zusätzliche Beispiele für Arbeitsplatzverluste

Und nochmals aus NAEB-Newslettern zitiert: Wohl meldet die Agentur für Arbeit (früher schlicht und zutreffender: Arbeitsamt genannt) neue Beschäftigungsrekorde in Deutschland. Sie könnten sogar höher sein, denn regelmäßig geht unter, was EEG und Energiewende an Arbeitsplätzen mutwillig vernichten. Einige zusätzliche Beispiele: ThyssenKrupp gibt den Bereich Umformtechnik ab (25 000 Beschäftigte), das war 2011. Eon entlässt im Bereich Verwaltung 11.000 Beschäftigte. Eon gibt das Verteilnetz ab (Beschäftigte?). RWE baut 7 000 Arbeitsplätze ab, das GM-Opel Werk Bochum schätzungsweise 5 000.

Das Beispiel ZF wird Schule machen

„Die Entscheidung von ZF, seine Kunststoff- und Ledersparte an Chinesen abzugeben, bedeutet mittelfristig den Totalverlust der 2 700 Arbeitsplätze in Deutschland. In nicht ferner Zukunft werden dann in den in Deutschland produzierten Autos die Kunststoffe und Leder-Komponenten von einem chinesischen Lieferanten kommen. Das Beispiel wird Schule machen, und die nächsten 200 000 Arbeitsplätze im Auto-Zulieferbereich werden in den nächsten zehn Jahren verschwinden. Was sollen die Leute dann machen. Nun, 10 Prozent werden Fall-Manager bei den Arbeitsämtern, 10 Prozent werden Umschulungslehrer für Job-Suchende. Und diese 20 Prozent nehmen sich dann der restlichen 80 Prozent an. So erhält man wenigsten 40 000 Arbeitsplätze. Die sind zwar keine produktiven im Sinne der Betriebswirtschaft, aber das interessiert weder den Politiker noch den betroffenen Arbeitslosengeld-Bezieher.“ (Newsletter 13/08)

Weitere Beispiele

Andere Unternehmen, die zumindest auch an den hohen deutschen Energiekosten scheitern, sind weitere Edelstahlwerke von Outokumpu (Stilllegung), die Gießerei Heger-Ferrit in Sembach bei Kaiserslautern (Insolvenz), ein Stahlguss Betrieb mit 60 Beschäftigten (FAZ vom 5. September 2013), das Unternehmen Hydro Aluminium in Neuss (Verlagerung), Alu Norf in Neuss (Teilstillegung), S+C bei Gummersbach (Insolvenz), GuD Kraftwerk in Irsching (Abschaltung), Textil Veredlungsfirma Drechsel in Selb (klagt gegen das EEG), Kalkwerk Flandersbach (Stilllegung) und das BASF-Ammoniak-Werk (Verlagerung). Eine Initiative von zehn großen Energieversorgern macht sich außer um die Stabilität der Stromnetze Sorgen auch um das Abwandern von Industrie wegen zu hoher Stromkosten. Es sind Eon (Deutschland), RWE (Deutschland), Vattenfall (Schweden), Enel (Italien), Eni (Italien), Iberdrola (Spanien), Gas Natural Fenosa (Spanien), GdF Suez (Frankreich), CZ (Tschechien) und Gastera (Niederlande).

Hydro Aluminium in Neuß

Im NAEB-Newsletter 13/10 vom 3. November 2013 war zu lesen: „Auch in der Aluminium-Branche sind die Stromkosten entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Der norwegische Produzent Hydro Aluminium findet es falsch, wenn in den Debatten bei uns häufig Industrieproduktion und Klimaschutz als unvereinbar angesehen werden, denn ohne Aluminium in Stromleitungen, Solar Modulen (die fertigen Module enthalten einen sehr hohen Anteil an Aluminium) oder Autos ist die sogenannte Energiewende nicht zu schaffen. Hydro Aluminium produziert bei Neuß das Aluminium in einer lückenlosen Wertschöpfungskette von der Schmelz-Elektrolyse (sehr stromaufwendig) bis zum Halbzeug.

Hydros Aluminiumhütte in Qatar dreimal größer als die in Neuß

In nächster Nachbarschaft steht das größte Walzwerk der Welt, einige Kilometer weiter eine große Aluminium-Veredelungsanlage, bei der unter anderem Alufolien und Lithographie-Platten hergestellt werden. Für deren Premiumqualität ist die Schmelzelektrolyse unverzichtbar. Vor einigen Jahren wurde wegen der hohen Stromkosten die Aluminiumproduktion auf 20 Prozent der ursprünglichen Produktion gedrosselt und entsprechend mehr Vormaterial für die Walzwerke importiert. In der Zwischenzeit hat die EU-Kommission der Aluminium-Industrie eine Erstattung der im Strompreis enthaltenen Kosten für CO₂-Emissionen zugestanden. Damit soll die Produktion wieder auf jährlich 150 000 Tonnen verdreifacht werden. In Qatar hat Hydro jetzt eine Aluminiumhütte für den Betrieb mit dem billigen dort vorhandenen Erdgas gebaut, die dreimal größer als die Neußer Hütte ist. Wenn in dem Neußer Walzwerk einmal Modernisierungsinvestitionen anstehen, werden diese

wahrscheinlich auch bzw. eher in Qatar gemacht werden. Schon heute ist die Befreiung von der EEG-Umlage (und der Stromsteuer) für die Aluminium-Industrie existenziell.“

RWE plant 12 900 Entlassungen

Der Stromerzeuger RWE baut weiterhin viele Arbeitsplätze ab. Bis Ende 2016 will er seine Belegschaft von 73 600 auf 60 700 verringern. Das bedeutet, dass in dieser Zeit 12 900 Mitarbeiter entlassen oder in die Frührente geschickt werden. Vor fünf Jahren war für sie alle der Arbeitsplatz bei diesem starken Arbeitgeber noch bombensicher. Die Ursache für diesen spektakulären Niedergang ist eindeutig die „Energiewende“. Angesichts dessen erscheint es geradezu als paradox, dass RWE diese ruinöse Wende auch noch mitmacht, längst selbst in das Windkraftgeschäft eingestiegen ist, sich auf seiner Web-Seite mit seinen Investitionen in dieses Geschäft brüstet und mit öffentlichen Anzeigen die „Energiewende“ sogar bewirbt. Seine von der Entlassung bedrohte Belegschaft müsste sich geradezu verhöhnt vorkommen und sich entsprechend artikulieren. Davon vernommen hat man allerdings bisher nichts, jedenfalls nicht öffentlich.

Die De-Industrialisierung Deutschlands schreitet voran

Der Exodus von Unternehmen und Branchen vollzieht sich von der Öffentlichkeit ziemlich unbemerkt. Die De-Industrialisierung in Deutschland schreitet voran. Es scheint, als sei das gewollt. Schon der Morgenthau-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg wollte aus Deutschland wieder einen Nur-Agrarstaat machen. Wir wissen, aus übergeordneten politischen Vorhaben mit Deutschland wurde anders verfahren. Wird Morgenthaus Plan jetzt auf schleichende Weise verwirklicht? Geschieht es mit Absicht? Und mit welcher?

*) Zur Information: Ich bin Mitglied im NAEB-Beirat. NAEB-Web-Seite: <http://www.naeb.info/>

Dieser Beitrag ist zuvor auf meiner Blog-Seite www.kpkrause.de erschienen. Hier sind auch meine sämtlichen Beiträge seit dem 18. März 2008 verfügbar